

SAD, Straßenlampen und Spielplatzsanierung

Ausschuss befasste sich mit Planungen

Rehburg-Loccum (hm). Der „Sachstandsbericht SAD (Sonder-Abfall-Deponie) Münchehagen“ stand auf der Tagesordnung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses. Doch bevor der Bürgermeister der Stadt Rehburg-Loccum, Dieter Hüsemann, eine Übersicht zum Stand der Dinge gab, teilte er mit, dass Heinrich Bredemeier verstorben ist. Bredemeier hatte sich von Anbeginn des Giftmüllskandals in Münchehagen engagiert. Ohne ihn wäre der Vertrag mit dem Land Niedersachsen so gar nicht zustande gekommen, unterstrich Hüsemann. Bredemeier wird in dieser Woche beigesetzt.

Derzeit sieht Hüsemann bei der SAD keinen weiteren Handlungsbedarf. Man dürfe die Problematik jedoch nicht aus den Augen lassen. Schließlich handele es sich bei der SAD nicht um eine „klassische Altlast“, sondern um eine rechtswidrig entstandene Deponie. Wasserstände außerhalb und innerhalb des umschlossenen Deponiekörpers korrespondiert miteinander, ein Umstand, den keiner erklären könne. Hüsemann bekräftigte, dass Monitoring müsse weitergeführt werden. Zudem sei es keine reine Freundlichkeit des Landes Niedersachsen, die Sicherungselemente bei der SAD anzuwenden, sondern eine Konsequenz des derzeit ruhenden Gerichtsverfahrens vor dem Obergericht Lüneburg, das den Anrainern gar einen Beseitigungsanspruch zuspricht – ein Urteil, das nicht rechtswirksam geworden sei, weil der Vertrag geschlossen worden war. Der regelt, dass

das Land sich verpflichtet, die Deponie zu sichern und zu überwachen.

Der Spielplatz in Bad Rehburg soll saniert werden. Die Kostenobergrenze für die gesamte Maßnahme (mit Instandsetzung des Bolzplatzes und der Planungskosten) wurde auf 30 000 Euro festgesetzt. Damit schloss sich der Ausschuss der Empfehlung des Ortsrates an, der in jüngster Sitzung ebenfalls dieser recht „üppigen“ Ausstattung zugestimmt hatte – nicht zuletzt mit dem Blick darauf, dass durch das Städtebauförderungsprogramm der Stadtanteil bei lediglich 10 000 Euro liegen werde.

Bei der Erneuerung der Straßenbeleuchtung im Zuge des Ausbaus der Landesstraße 360 hatte es im Ortsrat „Dissonanzen“ gegeben, weil Cord Strohmeier beantragt hatte, lediglich für die zusätzlichen Lampen Anliegerbeiträge zu erheben. Strohmeier wies den Vorwurf aus der Bevölkerung, dass er sich damit einen persönlichen Vorteil verschaffen wollte, entschieden zurück. Dennoch wolle er an dieser Entscheidung nicht weiter teilhaben, um drohenden Schaden von seiner Person abzuwenden. Strohmeier verließ den Raum. Die Ausschussmitglieder favorisierten den Lampentyp, der auch schon auf der Bundesstraße 441 steht, dieser spart gegenüber den grünen, gebogenen Leuchten rund 20 000 Euro bei den 28 anzuschaffenden Lampen. Die Anlieger werden Anliegerbeiträge in Höhe von rund 19 000 Euro (40 Prozent) zu allen Lampen (47 000 Euro) leisten müssen.